

Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands am 12./13. März 2010

Politische Arbeit der Mittelstands-und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU für 2010/2011

Ausgangssituation

Seit September 2009 wurde die große Koalition durch die bürgerliche Regierung von Union und FDP abgelöst. Die Grundausrichtung des Koalitionsvertrags vom Oktober 2009 findet die Zustimmung der MIT. Denn mit diesem Vertragswerk wurden die Weichen für eine ordnungs- und wirtschaftspolitische Kehrtwende in Deutschland gestellt. Die veränderten bundespolitischen Vorzeichen bedingen auch eine Neuausrichtung der politischen Arbeit der MIT. Das vorliegende Strategiepapier soll Grundlage für die strategische Neuaufstellung und die programmatische Arbeit der MIT in den kommenden zwei Jahren sein.

Begleitung der bürgerlichen Regierung durch die MIT

Ob eine bürgerliche Regierung auch nach 2013 in diesem Land regiert, hängt maßgeblich vom Erfolg der Union und der FDP in der aktuellen Wahlperiode ab. Hierfür sind ein geschlossenes Auftreten der Bundesregierung und ein abgestimmtes Vorgehen der Regierungsparteien zwingend erforderlich. Ziel für die MIT muss es sein, zu dieser Geschlossenheit und dem Erfolg der bürgerlichen Regierung aktiv beizutragen. Die MIT wird daher das Regierungshandeln der bürgerlichen Regierung konstruktiv begleiten. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollen mittelstandsfreundliche und ordnungspolitisch erforderliche Maßnahmen eingefordert und bei Umsetzung positiv bewertet werden. Die MIT nimmt aber auch konstruktiv-kritisch Stellung, wenn sich ihre Positionen im Regierungshandeln nicht wiederfinden bzw. diese konterkariert werden.

Positionen der MIT sollen auch zukünftig in den Kommissionen, Arbeitsgruppen und im MIT-Bundesvorstand erarbeitet werden. Darüber hinaus soll die Kooperation mit dem PKM beibehalten und die Zusammenarbeit mit MIT/MU-Mitgliedern in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion intensiviert werden. Es ist anzustreben, gemeinsame Positionen und Vorschläge von MIT, PKM und MIT/MU-Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Unterstützung und Begleitung der Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung zu entwickeln.

Stellungnahmen der MIT zu Forderungen der Opposition

Stärker noch als bisher wird sich die MIT auch mit den Forderungen und Konzepten der Oppositionsparteien auseinandersetzen. Die MIT muss ihren Beitrag dazu leisten, die Linkspartei mit ihren eigenen Positionen zu demaskieren. Die Linkspartei ist eine reale Gefahr für Deutschland. Sie ruft nach Enteignung, mehr Staatswirtschaft und einem „neuen System“. Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie werden durch eine solche politische Konzeption in Frage gestellt. Noch besorgniserregender ist, dass sich die SPD zukünftig offenbar nicht nur auf das gemeinsame Regieren mit den Linken in den Ländern beschränken wird. Angesichts der Bestrebungen von Vertretern der Unionsspitze ist es zudem dringend geboten, sich mit der inhaltlichen Ausrichtung der Grünen detailliert auseinanderzusetzen.

Programmatische Unterschiede zw. der MIT als Wirtschaftsflügel der Union und der FDP

In diversen Einzelfragen kann die MIT mit den inhaltlichen Forderungen der FDP Einigkeit erzielen. Im Unterschied zu den Liberalen liegt aber der inhaltlichen Ausrichtung der MIT ein christliches Wertefundament zugrunde. Zudem steht die MIT für ein ganzheitliches, ordnungspolitisches Politikkonzept in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. Es ist Aufgabe der MIT, diese Unterschiede deutlich herauszustellen und sich von der Klientelpolitik der Liberalen zu unterscheiden.

Ausrichtung der Union

Die MIT muss ihren Beitrag dazu leisten, dass die Union gegenüber ihren Stammwählern, dem Mittelstand und der arbeitenden Bevölkerung, wieder an Profil gewinnt. Der bisherige Diskussionsprozess innerhalb der Union über die Gründe für den Wahlausgang von 33,8 % ist nicht zufriedenstellend. Die MIT wird darauf drängen, dass zu grundlegenden Fragen wie der programmatischen und strategischen Ausrichtung der Union zukünftig die Basis wieder stärker einbezogen wird und hierzu öffentliche und transparente Diskussionen auf Regionalkonferenzen und Bundesparteitagen ermöglicht werden. Die MIT wird sich insbesondere im Rahmen von Bundesparteitagen mit eigenen Sachanträgen an der Diskussion zur zukünftigen Ausrichtung der Union beteiligen. Hierfür soll im Vorfeld versucht werden, strategische Partner zu gewinnen, wie etwa MIT-Mitglieder im Deutschen Bundestag, CDU-Landesverbände und andere Vereinigungen der Union.

Inhaltliches Fundament der MIT durch Kommissionsarbeit verstärken

Den Kommissionen und Arbeitsgruppen des MIT-Bundesvorstandes kommt zukünftig noch stärker die Aufgabe zu, das inhaltliche Fundament der MIT zu stärken. Die Kommissionen und Arbeitsgruppen sollen sich neben den selbstgewählten Themen auch den Arbeitsaufträgen des Präsidiums/Bundesvorstands annehmen. Der grundsätzliche Arbeitsauftrag an die Kommissionen und Arbeitsgruppen teilt sich in zwei Bereiche: 1. Begleitung der tagesaktuellen politischen Diskussionen, der Maßnahmen der Bundesregierung sowie der Umsetzung der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag im jeweiligen Fachbereich 2. die Erarbeitung ordnungspolitischer Grundsätze in den einzelnen Fachthemen.

Kommissionen und AGs	Arbeitsaufträge und Themen
Kommission Mittelstands- und Ordnungspolitik, Bürokratieabbau	<ul style="list-style-type: none">- Positionspapier zur Profilbildung der Union – Anforderungen an eine Volkspartei/moderne Partei in der heutigen Zeit/ Umgang mit unterschiedlichen Strömungen (konservativ, sozial, liberal)- ganzheitliches ordnungspolitisches Leitbild der MIT- ganzheitliches Reformkonzept nach Zuarbeit aus den einzelnen Hauptkommissionen und in Zusammenarbeit mit den Kommissionsvorsitzenden- Soziale Marktwirtschaft in einer globalen Welt- Christliches Unternehmerbild- Gesellschaftliche Mitte als Zielgruppe der MIT- Mehr Privat – weniger Staat/Wettbewerbsordnung- Bürokratieabbau- Antragserarbeitung CDU-Bundesparteitag und Verständigung mit Mandatsträgern, Vereinigungen und Gliederungen der CDU
Kommission Arbeitsmarktpolitik	<ul style="list-style-type: none">- Arbeitsmarktreform (Arbeitsmarktpol. Maßnahmen/ Flexicurity/ Organisation)- Ordnungspolitische Leitsätze zur Arbeitsmarktpolitik
Kommission Steuern und Haushalt	<ul style="list-style-type: none">- Ganzheitliches Konzept zur Steuerreform- Ordnungspolitische Leitsätze zur Finanzpolitik/Haushaltskonsolidierung des Staates- Staatsquote senken- Konzept für Einsparungen auf der Ausgabenseite (Subventionen etc.)
Kommission Sozialpolitik	<ul style="list-style-type: none">- Reform der Sozialen Sicherungssysteme/ Reform des Rentensystems- Ordnungspolitische Leitsätze zur Sozialpolitik des Staates- Pflegereform/ Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
Kommission Gesundheitspolitik	<ul style="list-style-type: none">- Reform des Gesundheitssystems- Mehr Wettbewerb im Gesundheitssystem- Ordnungspolitische Leitsätze für ein leistungsstarkes Gesundheitswesen- Konzept für die Umstellung auf ein Prämienmodell

Kommission Energie und Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> - Ordnungspolitische Leitsätze der Energiepolitik - Mehr Wettbewerb im Energiebereich - Senkung der Energiepreise im Interesse internationaler Wettbewerbsfähigkeit - Aktualisierung des Energiekonzeptes
Kommission Verkehr und Infrastruktur Maritime Wirtschaft, Logistik	<ul style="list-style-type: none"> - Ordnungspolitische Leitsätze für eine mittelstandsfreundliche Verkehrs- und Infrastrukturpolitik - Finanzierungskonzept von Verkehr und Infrastruktur - Positionspapier zur Stärkung der Maritimen Wirtschaft
Kommission Bildungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Bildungspolitisches Konzept der MIT - Soziale Marktwirtschaft in Schulen unterrichten
Kommission Europa	<ul style="list-style-type: none"> - Reform der europäischen Institutionen - Leitlinien für eine europäische Mittelstandspolitik
Internationale Kommission	<ul style="list-style-type: none"> - Ordnungspolitische Leitlinien für die Entwicklungspolitik – Abstimmung eines gemeinsamen Antrags von MIT, JU, CDA, EAK etc. zum Bundesparteitag 2010 - Kooperation mit internationalen Programmen der KAS
Kammerreform	<ul style="list-style-type: none"> - Reform des Kammerwesens/ Evaluierung der Umsetzung in den Kammern - Prüfung der Umsetzung des MIT-Beschlusses 2006
Freie Berufe und Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Beschlussfassung der 9. BDV – Überprüfung der Umsetzung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Immobilien	<ul style="list-style-type: none"> - Positionspapier zum Immobilienmarkt
Unternehmerfrauen	<ul style="list-style-type: none"> - Positionspapier zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Aktivierung von Kreisverbänden	<ul style="list-style-type: none"> - Konzept und Kampagnenvorschläge zur Aktivierung von Kreisverbänden
Finanz- und Bankenmarkt	<ul style="list-style-type: none"> - Positionspapier zum Finanz- und Bankenmarkt
Kommunalpolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunalpolitische Leitlinien der MIT - mittelstandsfeindliche Vergabepaxis in den Kommunen - Kostenerstattung der Kommunen bei Sozialbestattungen
Leitende Angestellte	<ul style="list-style-type: none"> - Positionspapier Leitende Angestellte
Gründer im Mittelstand/Start-up/Junger Mittelstand	<ul style="list-style-type: none"> - Positionspapier zur Unterstützung von Existenzgründern
Neue Medien (Vorschlag zur Gründung von Herrn Klömmer, MIT Hamburg)	<ul style="list-style-type: none"> - Positionspapier zum Thema „Neue Medien“ - Diskussion über die Ausweitung der Nutzung von „Neuen Medien“ für die MIT-Vereinigungsarbeit

Interne und Externe Kommunikation

Intern werden als Kommunikationsziele weiterhin der regelmäßige Informationsfluss zu den Mitgliedern, die Mitglieder-Bindung, die Neumitglieder-Werbung und die Bereitstellung von Service-Angeboten verfolgt. Unsere Kommunikationsmittel hierfür sind der Internetauftritt, der Online-Newsletter, der Infobrief des Bundesvorsitzenden an die Kreisverbände als Bericht über die Bundesvorstandssitzungen, die PrintNews und das MittelstandsMagazin. Die Musterpressemittelungen für die Kreisverbände sollen fortgesetzt werden. Als neues Service-Angebot für die MIT-Gliederungen sollen zukünftig Seminarreihen geplant werden. Mit einer mitgliederoffenen Großveranstaltung im September 2010 kommen wir dem Wunsch vieler MIT-Mitglieder nach, auch zwischen den zweijährigen Bundesdelegiertenversammlungen zu einer Veranstaltung zusammenzukommen. Auf den diesjährigen Regionalkonferenzen sollen gemeinsam mit den MIT-Kreisverbänden die Erwartungen an die bürgerliche Regierung, die Ausrichtung der Union sowie die Mitgliederentwicklung der MIT diskutiert werden.

Extern verfolgen wir als Kommunikationsziel weiterhin die Positionierung der MIT als „marktwirtschaftliches Gewissen der Union“. Wir wollen Neugier wecken auf eine Mitgliedschaft in dieser Vereinigung, unsere Kompetenz als Gesprächspartner von Verbänden und Institutionen betonen, die Aufmerksamkeit der Medien erregen, unsere Forderungen in die öffentliche Diskussion transportieren und unseren Einfluss im politischen Entscheidungsprozess steigern und festigen.